

u^b

^b

UNIVERSITÄT
BERN

Souveränität und die Beziehung Schweiz-EU

Forum Universität und Gesellschaft
17. Februar 2024

Prof. Dr. Fabio Wasserfallen

NZZ

**«Die Schweiz braucht ein
Rahmenabkommen, das ihr die
Souveränität belässt»**

Die Schweizer Wirtschaft brauche einen Rahmenvertrag mit der EU. Aber der vorliegende Vertragsentwurf sei ungenügend. Das sagt der scheidende Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann.

(21. Dezember, 2018, NZZ)

Kooperationsgewinn vs. Entscheidungskompetenz

Politische Abwägung:

- 1) Souveränitätsverlust durch dynamische Rechtsübernahme und Streitbeilegungsverfahren ist zu gross (“fremde” Richter und Gesetze)
 - 2) Ohne Mitsprache ist der Souveränitätsverlust noch grösser
 - 3) Ist der Kooperationsgewinn grösser als der Verlust?
- *Wie kann der Verlust an politischer Eigenständigkeit minimiert werden bei einer engeren institutionellen Anbindung?*

Souveränität: Schweiz und EU

- Schweizer Missverständnis zum Status Quo: Bilateraler Weg und autonomer Nachvollzug suggerieren, die Schweiz habe sich diesem Spannungsfeld erfolgreich entzogen
- Korrekt: Unilaterale (Teil-)Integration in den Binnenmarkt und Schengen/Dublin
- Dynamische Rechtsübernahme und Streitbeilegungsverfahren als weitere institutionelle Annäherung: Was sind die Konsequenzen von diesem Schritt? Wie werden diese adressiert?

Keine Schweizer Eigenheit

Auch EU-Mitgliedsländer schützen ihre Entscheidungskompetenz bei gewichtigen Interessen:

- Differenzierte Integration: Opt-outs, partielle Umsetzungen von EU-Recht etc.
- *Kombination aus Souveränitätsüberlegungen und materiellen Interessen ist entscheidend*

Souveränitätsüberlegungen und materielle Interessen

Sollte es zu Nachverhandlungen des Rahmenabkommens kommen, welcher Bereich sollte ihrer Meinung nach Priorität haben?

-
- | | |
|-----|--|
| 32% | Der Lohnschutz muss verbessert werden |
| 27% | Die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie muss wegen dem Zugang zu den Sozialleistungen ausgeschlossen werden |
| 14% | Die Rolle des Europäischen Gerichtshofs in der Streitbeilegung muss weiter eingeschränkt werden |
| 4% | Die Regeln bei der staatlichen Beihilfe müssen besser werden |
| 23% | Weiss nicht |
-

(Tamedia Umfrage, 19. Mai 2019)

Was heisst das für die aktuellen Diskussionen?

- Souveränitätsüberlegungen sind in Kombination mit materiellen Fragen relevant: Lohnschutz, Zugang zu Sozialsystemen, Liberalisierungen (Strom)
- Schweiz muss ihre Interessen und Institutionen schützen:
 - Innenpolitischen Ausgleichsmassnahmen
 - Teilumsetzung von EU Recht (Spesenregelung)
 - Abstimmungen auch bei dynamischer Rechtsübernahme nicht als TINA-Abstimmung durchführen (Frontex als Negativbeispiel)

Fazit

- Entscheidungskompetenz ist bei (wenigen) Themen relevant
- Diese als Schweizer Interessen verteidigen: Innenpolitische Ausgleichsmassnahmen, Teilumsetzungen, Spesenregelung als gutes Beispiel in diesem Zusammenhang
- Aufzeigen, dass materielle Interessen und Institutionen (direkte Demokratie) auch bei einer weiteren institutionellen Annäherung verteidigt werden (→ Einschränkung der Entscheidungskompetenz wird minimiert)